



**Rede von Roland Scharp zu kreisgrenzenübergreifenden ÖPNV-Leistungen zwischen Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming auf der Sitzung des Kreistages Teltow-Fläming am 11. September 2017**

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Landrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, ich bin jetzt hier nach vorne gegangen um Sie um Zustimmung zu dieser Vorlage zu bitten. Der vorliegende Vertragsentwurf mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark ist erforderlich, da die regionalen Busverkehre im Land Brandenburg in der Aufgabenträgerschaft der Landkreise liegen und die Kreisgrenzen nur selten mit den Erfordernissen und Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner, der Schülerinnen und Schüler übereinstimmen.

Hier schafft der Gesetzgeber die Möglichkeit grenzübergreifende Verkehre zu organisieren und trotzdem nicht auf den Kosten der jeweiligen Angebote sitzen zu bleiben.

Gerade in einer Zeit, wo sich das Land aus der Finanzierung der überörtlichen Verkehre, vor allem der Busverkehre zurückzieht, wo es landesbedeutsame Buslinien zwar auf dem Papier noch gibt, faktisch aber die einzig verbliebene landesbedeutsame Linie, die 618 von Wünsdorf nach Potsdam, gestrichen wird, gerade in dieser Zeit ist die Zusammenarbeit der Kreise wichtiger als zuvor.

Im Moment sind wir ziemlich allein in dem Bemühen mit der Einrichtung des PlusBusses hier Ersatz zu schaffen. Wir sind auch ziemlich allein bei der Organisation des überörtlichen Verkehrs der Linie 600 von Teltow über Großbeeren nach Mahlow. Die Stadt Teltow ist im Gegensatz zu ihrem Landkreis Potsdam-Mittelmark nicht bereit die Finanzierung dieser Linie, von der nachgewiesenermaßen auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Teltow profitieren, zu unterstützen. Auch Potsdam als Landeshauptstadt ist zu gemeinsamer Finanzierung nicht bereit.

Ein solcher Vertrag wie der vorliegende ist also keine Selbstverständlichkeit, sondern gelebte kommunale Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Aufgabenträgern zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger. Aber er entbindet uns als Kreistag nicht von der

Verpflichtung gegenüber der Landes- und der Bundesregierung weiterhin die Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen der Daseinsvorsorge Mobilität durch ÖPNV nachzukommen.

ÖPNV muss sich nicht in erster Linie rechnen sondern er soll fahren. Das wäre ein wirksamer Beitrag für eine verbesserte Umweltbilanz.